



Den Wandel gestalten: Arbeit & Leben neu denken

Tätigkeitsgesellschaft

Katholische Arbeitnehmer/innen Bewegung Österreich
A – 1010 Wien • Spiegelgasse 3/2 • Tel.: 01 / 51552 – 3350 • Fax – DW 3764
www.kaboe.at • eMail: kab.office@kaoe.at • DVR: 0029874(028)

Vorwort

Für einen Paradigmenwechsel - Arbeit und Leben nachhaltig gestalten!

Welchen Herausforderungen müssen wir uns stellen? Klimawandel, Finanzmarktkrise, andauernd hohe Erwerbsarbeitslosigkeit, zunehmende soziale Spaltung und steigende Armut erfordern einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel im Denken und Handeln. Das Credo über ein fortdauerndes Wachstum, die Plünderung der Schöpfung, die Liberalisierung der Märkte und Deregulierung der Arbeit finden immer weniger Zustimmung bei den Menschen. Wie aber lassen sich diese vielfältigen und multiplen Krisen überwinden?

Papst Franziskus fordert in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii gaudium (EG)* deutlich einen Blick auf das Ganze. Unsere derzeitige Wirtschaftsweise ist nicht überlebensfähig, denn wir leben über unsere Verhältnisse, nehmen kommenden Generationen ihre Lebenschancen und gefährden unumkehrbar die lebenswichtigen Ökosysteme unseres Planeten. "Diese Wirtschaft tötet." (EG 53), "Weg von einer Kultur der Gier nach Macht und Besitz, die keine Grenzen kennt." (EG 56), Die Ungerechtigkeit hat zudem eine zeitliche Dimension: Wir belasten die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen. Diese ökologischen Ungerechtigkeiten sind friedensgefährdend: "Ungerechtigkeit bedroht den Frieden und erzeugt Gewalt." (EG 59)

Wir müssen das Gesamtsystem und die Wechselwirkungen in den Blick nehmen! Der Einsatz für strukturelle Maßnahmen und die einschneidende Veränderung unserer Lebensweise sind für die KAB zwei Seiten einer Medaille.

Nachhaltig zu leben und zu arbeiten wird so zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts. Die Botschaft eines befreienden Gottes, die Dokumente der christlichen Soziallehre und das Ökumenische Sozialwort der christlichen Kirchen Österreichs (2003) waren und sind die Grundlagen für die KAB, sich mit den Fragen des Wandels der Arbeitswelt und Wirtschaft und eines nachhaltigen Lebensstiles auseinanderzusetzen.

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung Österreich (KABÖ) eröffnet mit ihrer Vision einer **nachhaltigen Tätigkeitsgesellschaft** (Beschlüsse der KABÖ-Bundeskonferenzen in Eisenstadt 2013 und St. Pölten 2013) einen neuen Horizont, wie in unserer Gesellschaft gutes, sinnvolles Leben gelingen kann, unter Berücksichtigung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Verantwortung, hier in Österreich, in Europa und weltweit. Wir sind aufgerufen, mit unserem Einsatz eine bessere Welt für alle, auch für kommende Generationen und auch für die Mitschöpfung zu schaffen. Angesichts der Herausforderungen dieser anstehenden Transformationen braucht es grenzüberschreitende Schulterschlüsse und internationale Zusammenarbeit.

"Bedingungen, die zur Vereinigung führen, müssen beseitigt werden. Sonst bleibt der katholische Glaube billige Verträgung." (Papst Franziskus, Rom 2013)

Wir bedanken uns bei dieser Gelegenheit sehr herzlich bei den Verantwortlichen des Bundesverbandes der KAB-Deutschlands für die umfassenden Vorarbeiten und die bereitwillige Zurverfügungstellung des für dieses Dokument verwendeten Grundlagenmaterials (Würzburger Beschluss 2011).

SEHEN:

Wie die Welt sich weiter spaltet

„Nichts ist verhüllt, was nicht enthüllt wird, und nichts ist verborgen, was nicht bekannt wird“
(Lk 12,2)

Der Scherbenhaufen globaler Krisen und die Folgen

Vor unseren Augen spielt sich ein Drama unvorstellbaren Ausmaßes ab. Statt fair zu teilen, spaltet sich die Welt weiter. Wir stehen vor dem *Scherbenhaufen globaler Krisen*.

Leidtragende sind weltweit vor allem die Armen, denen eine lebenswerte Zukunft geraubt wird. Da, wo der Mensch von Entscheidungen ausgeschlossen werden und nicht mitbestimmen kann, machen sich Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit und Gewalt bereit. Ungerechte Macht- und Herrschaftsstrukturen führen so zu Ausschluss und Resignation. Hunger und Ohnmacht drohen zum Kennzeichen des 21. Jahrhunderts zu werden.

Kapitalistische Wirtschaftsweise: Nur die Ware zählt

Die Vermachtung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die die Enzyklika „Quadragesimo anno“ bereits 1931 eindrucksvoll beschrieben hat, zeigt sich heute vor allem darin, dass alles zu profitabel handelbaren Waren auf den ungezügelten Märkten diese Welt werden soll.

Dies gilt gleichermaßen für die Schöpfung wie für die menschliche Arbeit. Nur der Profit zählt. Die menschlichen Grundbedürfnisse vieler Menschen bleiben auf der Strecke. Die Welt spaltet sich so weiter zwischen denen, die Waren, marktfähige Ideen und Vermögen besitzen, profitabel verwerten und damit ihren Reichtum mehren und denen, die mehr und mehr selbst zur Ware und arm gemacht werden. Diese Spaltung wird zementiert, indem die Reichen sich abschotten: „Während die Armen der Welt noch immer an die Türen der Üppigkeit klopfen, läuft die reiche Welt Gefahr, wegen eines Gewissens, das bereits unfähig ist, das Menschliche zu erkennen, jene Schläge an ihre Tür nicht mehr zu hören.“ (CV, Benedikt XVI.)

Armut als Folge des Marktradikalismus und fehlender Umverteilung

Über eine Milliarde Menschen hungern weltweit und leben in äußerster **Armut**.

Selbst in den reichen Ländern nimmt die Armut im Überfluss zu und „verarmen neue Gesellschaftsklassen.“ Eine der zentralen Ursachen liegt in der „Logik“ des vorherrschenden marktradikalen Wirtschaftsmodells begründet, dass die Verteilungsfrage ausschließt oder als nachrangig erklärt. Statt die in der Soziallehre der Kirche immer wieder eingeforderte Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse aller Menschen vor allem anderen zu sichern und ihnen auch strukturell einen eindeutigen Vorrang einzuräumen, werden die Armen ihrem „Schicksal“ überlassen.

Der Klimawandel verschärft die Ungleichheit

Bestehende Ungleichheiten werden durch den **Klimawandel** verschärft – sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb der einzelnen Länder. Die Spaltung zwischen „entwickelten“ und „nicht bzw. weniger entwickelten“ Regionen unserer Erde, zwischen Zentrum und Peripherie nehmen bereits jetzt aufgrund des Klimawandels dramatische zu. Während die reichen Länder aufgrund ihrer Wirtschaftsweise und des dort vorherrschenden Lebensstils Hauptverursacher sind, können sie sich gleichzeitig aufgrund ihrer materiellen Ressourcen am besten vor den bereits einsetzenden Folgen des Klimawandels schützen. Die

reichen Länder als Hauptverursacher des *Klimawandels* stehen bisher unzureichend für deren Folgen ein, während in den armen Ländern soziale Benachteiligungen *kulminieren*. Bereits jetzt stellen z.B. Wasserknappheit und zunehmende Dürren, das Vordringen der Wüsten, Flut- und Sturmschäden, die Zunahme gesundheitlicher Probleme, der Anstieg des Meeresspiegels, die Versalzung des lebensnotwendigen Grundwasser, das tägliche Verschwinden von Tier- und Pflanzenarten und andere Entwicklungen vor allem die armen Länder vor unlösbare Probleme.

Der Klimawandel führt zu tiefen sozialen Einschnitten

Wir sehen in aller Deutlichkeit: Der Klimawandel wird *tiefe soziale Einschnitte* setzen, denn er verschärft die Ungleichheiten in den Lebenschancen, die sowieso schon ungerecht verteilt sind. Die *Politik* verkennt die Probleme weiterhin, wenn z.B. die Rettung von Banken und Großunternehmen als systemrelevant und notwendig erklärt, mit Steuermitteln abgesichert und subventioniert, während gleichzeitig die sozialen Folgen der Klimaveränderungen ignoriert, verharmlost oder als nachrangig eingestuft werden.

Anstieg der Treibhausgasemissionen: Hauptursache ist die Nutzung fossiler Brennstoffe

Seit mehr als vier Jahrzehnten wächst die Erkenntnis, dass die *fossilen Brennstoffe* für den drastischen Anstieg der Treibhausgasemissionen und die Klimaerwärmung hauptverantwortlich sind. Braun- und Steinkohle, Erdgas und Erdöl waren und sind der Treibstoff der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Sie revolutionierten weltweit die Arbeits- und Lebensgewohnheiten der Menschen, etwa im Hinblick auf die Mobilität. Heute steht uns deutlich vor Augen, dass es so nicht weitergehen kann, denn: Die Erschließung fossiler Energieträger ist endlich und sie zerstört Klima und Umwelt. Die Zeit billiger Energie ist vorbei. Auch die Atomenergie stellt keine Lösung der Probleme dar. Die ungelösten Sicherheitsfragen und die weiterhin ungeklärte Endlagerung sowie die unwiederbringliche Schädigung menschlichen Lebens und der Schöpfung im Katastrophenfall (Tschernobyl 1986, Fukushima 2011) belegen deren völlig unzureichende Zukunftsfähigkeit. Das bisherige Wachstumssystem stößt an die ökologischen und sozialen Grenzen des Planeten Erde. Verursacht durch Verknappungen drohen massive Verteilungskonflikte, die die schwächsten Länder und Bevölkerungsgruppen verlieren werden. Derzeit gibt es kein stimmiges Konzept, was geschehen soll, wenn nach und nach wichtige Rohstoffe und Energieträger zur Neige gehen. Wir wirtschaften und leben, als hätten wir eine „zweite Welt“ in der Tasche.

Unser Lebensstil und unsere Lebensformen sind das falsche Modell

Mit unserem Lebensstil und unseren Lebensformen in den reichen Nationen halten wir an einem falschen Wohlstands- und Wachstumsmodell fest. Wohlstand, der ausschließlich definiert wird als Zuwachs von Waren und Dienstleistungen, ist Ausdruck einer rein materialistischen Lebensweise. Das „Mehr-Haben-Wollen“ führt aber nicht zu einem guten und glücklicheren Leben. Mitten im Wohlstand wachsen Verzweiflung, Resignation, Stress und Angst. „Häufig festzustellen ist ein Zusammenhang zwischen der Beanspruchung des Rechts auf Überfluss oder geradezu auf Rechtswidrigkeit und Laster in den Wohlstandsgesellschaften und dem Mangel an Nahrung, Trinkwasser, Schulbildung oder medizinischer Grundversorgung in manchen unter-entwickelten Weltregionen wie auch am Rande von großen Metropolen“. Immer mehr Menschen wollen diese Spaltung in Überfluss und Mangel nicht mehr hinnehmen oder sich mit ihr abfinden. Das ist für uns ein Hoffnungszeichen der Veränderung.

Das überholte Wachstumsmodell: es wächst das Falsche

Das „Mehr-haben-Wollen“ auf der individuellen Ebene korrespondiert im gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich mit einem überholten Wachstumsmodell. Von Wachstumsschüben profitieren weltweit überproportional die reichen Oberschichten, während die Position der Mittelschicht immer unsicherer wird und bei den unteren Schichten allenfalls „Brosamen“ ankommen. So sichern Wenige ihren Wohlstand auf Kosten Vieler. Ein ausschließlich quantitatives Wachstum ist seit langem deshalb zu Recht in die Kritik geraten. Dennoch unterbleibt eine kritische moralische und ethische sowie systemische Bewertung oder gar ein politisches Umsteuern – in Richtung auf Nachhaltigkeit, ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit und sozialem Ausgleich sowie gesellschaftlichem Zusammenhalt. So wächst das Falsche, während die lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen, die von den Armen benötigt werden, und die Nachhaltigkeit auf der Strecke bleiben.

Finanz- und Bankenkrise: Die Folgen werden sozialisiert und abgewälzt

Die weltweite „Finanz- und Bankenkrise“ belegt erneut, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise die Gier Weniger zur Maxime und Struktur erhebt. Haften muss bei einem Crash die Allgemeinheit. Die Verursacher werden geschont und unzureichend zur Verantwortung gezogen. Der Staat wird zum Reparaturbetrieb der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Staatsfinanzen geraten aus dem Ruder und durch Sparprogramme finden tiefe Einschnitte bei den Ausgaben für soziale Sicherheit und im öffentlichen Sektor statt. Dringende Zukunftsinvestitionen in eine die soziale Verwerfungen ausgleichende Bildung und der öko-soziale Umbau werden vernachlässigt. Soziale Risiken werden privatisiert und die Lasten den Schwächeren aufgebürdet. Die Demokratie, der Lastenausgleich innerhalb der Gesellschaft zwischen Starken und Schwachen und damit der soziale Zusammenhalt werden dramatisch geschwächt. Die Hauptlast dieser ungerechten neoliberalen Politik haben die lohnabhängig Beschäftigten, die Erwerbsarbeitssuchenden und ihre Familien sowie die kommenden Generationen zu tragen.

Der entfesselte Kapitalismus zerstört Arbeit, Sicherheit und Gerechtigkeit

Die neoliberalen Deregulierungspolitik findet ihren Niederschlag gerade im Bereich der *menschlichen* Arbeit. Der „Raubtierkapitalismus“ beruht auf der „Vernutzung“ von Arbeit und Schöpfung gleichermaßen. Der entfesselte Kapitalismus zerstört Arbeit, Sicherheit und Gerechtigkeit. Aus Beruf wird „Job“, aus geregelten Orts- und Zeitstrukturen ein Nomadenleben ohne Sicherheiten und soziale Bindungen. Wertvorstellungen und ethische Maßstäbe für nachhaltiges Arbeiten und eine nachhaltige Entwicklung werden als „systemfremd“, bestenfalls als nachrangig erklärt. So wächst in den ärmeren Ländern dieser Erde die „Schattenwirtschaft“ bzw. der „informelle Sektor“. Millionen von Menschen sind darauf angewiesen, hier ihr Überleben zu sichern.

Prekäre Arbeit auf dem Vormarsch: Arm trotz Arbeit

In den reichen Ländern weiten sich ebenfalls Formen *prekärer Arbeit* und damit das *prekäre Leben* aus. Der Niedriglohnsektor nimmt zu und hat mittlerweile ein skandalöses Ausmaß erreicht. Mehr und mehr Menschen sind so arm trotz Arbeit und auf Transferleistungen von Familien, Freunden und der öffentlichen Hand angewiesen. „Working poor“ ist u.a. Folge einer marktgesteuerten und staatlich geförderten Deregulierung menschlicher Arbeit.

Arbeitslosigkeit verletzt die Würde des Menschen

Trotz einiger zwischenzeitlicher Verbesserungen an den Arbeitsmärkten in Europa stieg die Zahl der Arbeitssuchenden weiter an. Die Arbeitslosigkeit stellt einen Skandal dar, mit dem sich weite Teile der Gesellschaft abfinden. Massenarbeitslosigkeit begünstigt den Niedriglohnsektor, den „Ausverkauf der Arbeit“ und wirkt unter den verschärften Bedingungen des Bezugs von Arbeitslosengeld auch „disziplinierend“ auf die Beschäftigte. Zudem Arbeitslosigkeit bedeutet erhebliche materielle Einschränkungen, Ausgrenzung bzw. Verweigerung sozialer Anerkennung, weniger soziale Sicherheit und nicht zuletzt für die Kinder der Arbeitssuchenden deutlich schlechtere Startchancen ins Leben. Die Folgen der Arbeitslosigkeit lassen sich in einem Satz zusammenfassen: **Erwerbsarbeitslosigkeit verletzt die menschliche Würde!**

Soziale Sicherung: Zunehmend den Kapitalmärkten ausgeliefert

Die anhaltend hohe Erwerbsarbeitslosigkeit und niedrige Löhne haben erhebliche Folgen für die *sozialen und solidarischen Sicherungssysteme*, da die Beitragseinnahmen hinter den Ausgaben zurückbleiben. Unter dem angeblichen Diktat des Sparzwangs wird das Heil in einer weiteren Privatisierung sozialer Sicherheit durch „marktgerechte Regelungen“, sprich durch kapitalgedeckte Absicherung sozialer Risiken (Dritte Säule, Eigenvorsorge) gesucht. Die soziale Sicherheit wird damit den Schwankungen, Unsicherheiten und den Profitvorgaben der Kapitalmärkte ausgeliefert.

Nachhaltiges Leben und Arbeiten ist der Weg in eine lebenswerte Zukunft für alle

Als *Bewegung für soziale Gerechtigkeit* stellen wir zusammenfassend fest: Nachhaltige Entwicklung muss einhergehen mit einer solidarischen und gerechten Organisation menschlicher Arbeit und einer einschneidenden Änderung unseres Wohlstandmodells. Ohne nachhaltiges Leben und Arbeiten gibt es keine lebenswerte Zukunft für alle Menschen und die Schöpfung, von der und in der wir leben. Es geht um eine grundlegenden nachhaltig sozialen und ökologischen Umbau der Produktion von Waren und Dienstleistungen und der Bedingungen, unter denen sie produziert bzw. bereitgestellt werden. Dieses Ziel ist in erster Linie eine soziale- und gesellschaftspolitische Herausforderung. Es geht dabei um die Umsetzung einer Strategie, die die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen, ein „gutes Leben für alle“, sinnerfüllte menschliche Arbeit und soziale Sicherheit gleichermaßen zum Ziel hat. Die Zeit, die uns dafür bleibt, ist knapp bemessen.

URTEILEN:

Verantwortung für die Schöpfung in der Tätigkeitsgesellschaft

„Außerdem sagte Jesus zu den Leuten: Sobald ihr im Westen Wolken aufsteigen seht, sagt ihr: Es gibt Regen. Und es kommt so. Und wenn der Südwind weht, dann sagt ihr: Es wird heiß. Und es trifft ein. Ihr Heuchler! Das Aussehen der Erde und des Himmels könnt ihr deuten. Warum könnt ihr dann die Zeichen dieser Zeit nicht deuten? Warum findet ihr nicht schon von selbst das rechte Urteil? (Lk. 12, 54-57).“

Die „Zeichen der Zeit“ erkennen: Für uns zählt der Mensch.

Die Verlängerung der Gegenwart wird keine gute Zukunft haben. Wenn alles so weitergeht wie bisher verschärfen sich die Probleme. Die Anstrengungen, die aufgewandt werden müssen, um sie zu lösen, potenzieren sich. „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art“ müssen ernst genommen werden. Als Christinnen und Christen sind wir aufgerufen, nach den „Zeichen der Zeit“ zu suchen und den „*kairos*“ unserer Zeit zu ergreifen. In der Ausweglosigkeit sollen das Rettende und unsere „lebendige Hoffnung“ wachsen. Das heißt für uns: Die Beseitigung der

Armut, strikte Neuordnung des Finanzsystems, die Ökologisierung der Wirtschaft und die soziale Erneuerung der Arbeitsgesellschaft müssen Hand in Hand gehen. Es geht gleichermaßen um menschengerechte Innovationen, um mehr soziale Gerechtigkeit und den wirksamen Schutz der natürlichen Lebensgrundlage. „Was für uns zählt, ist der Mensch, jeder Mensch, jede Gruppe von Menschen bis hin zur gesamten Menschheit.“ Ziel und Leitbild der KAB ist deshalb eine solidarische und gerechte Gesellschaft, die wir Tätigkeitsgesellschaft nennen, denn: Der „Skandal schreiender Ungerechtigkeit“ darf nicht weiter anhalten und muss durchbrochen werden.

Tätigkeitsgesellschaft heißt für die KAB: Gleichwertigkeit aller Formen menschlicher Arbeit

- Alle Formen der menschlichen Arbeit, die Erwerbsarbeit, Privatarbeit und gemeinwesenbezogene Arbeit, sind gleichwertig und müssen zur Selbstentfaltung und Selbstbestimmung der Menschen beitragen. Bereits die alttestamentarischen Schöpfungserzählungen bewahren die Utopie einer Arbeit, die nicht durch Entfremdungsmechanismen gekennzeichnet ist. Gleichzeitig halten sie an einer realistischen Sicht der Arbeit fest, die jeder Idealisierung und idealistischen Überhöhung entgegensteht. Arbeit soll zur befreiten Arbeit, zur „Tätigkeit“ werden, um den Menschen und dem sozialen Zusammenleben gerecht zu werden.

Durch Arbeit den Schöpfungsauftrag erfüllen: Nachhaltig leben und arbeiten

- *Die menschliche Arbeit ist Mittel zum „Bebauen und Bewahren“ (Gen 2,15) der göttlichen Schöpfung.* Ihr entnimmt der Mensch die notwendigen Ressourcen, bildet diese durch seine Arbeit um, um Leben für sich und andere bestreiten zu können. Der Mensch und seine Arbeit sind somit unmittelbar Teil der göttlichen Schöpfung und auf diese verwiesen. Der Klimawandel mit seinen Folgen zeigt heute mehr denn je: Schädigen wir unsere Lebensgrundlagen und wird die göttliche Schöpfung in einem unvertretbaren Maße ausgebeutet, leidet der Mensch und seine Arbeit, die menschliche Gemeinschaft und kommende Generationen. „Bebauen und Bewahren“ in der Tätigkeitsgesellschaft heißt: Wir müssen nachhaltig leben und arbeiten.

Arbeit zwischen Frauen und Männer FAIR teilen

- Alle Formen der menschlichen Arbeit – die Erwerbsarbeit, die gemeinwesenbezogene Arbeit und die Privatarbeit – müssen zwischen Frauen und Männern *gleichermaßen fair und gerecht geteilt werden*. Angesichts der strukturellen Arbeitslosigkeit und deren Folgen geht es um eine gerechte Neuverteilung der Erwerbsarbeit im Kontext der „*Triade der Arbeit*“.



© Dr. Michael Schäfers, KAB Deutschlands

Verteilungsgerechtigkeit durch ordnungspolitische Eingriffe herstellen

- Die Tätigkeitsgesellschaft setzt auf eine umfassende Verteilungsgerechtigkeit. Die Verteilungsfrage unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten für ein zukünftiges Gesellschaftsmodell zu stellen, ist heute zu einer Überlebensfrage geworden. Strukturelle Einschnitte sind notwendig, denn unter den derzeitigen Bedingungen einer Umverteilungspolitik von unten nach oben werden Risiken und Verluste sozialisiert während die Gewinne privatisiert werden. Als Instrument zur Sicherheit von Verteilungsgerechtigkeit dürfen Steuern nicht einseitig Einkommen aus Erwerbsarbeit belasten. Die ungerechte Verteilungspolitik muss aufgegeben und das Leitprinzip der Solidarität in den Mittelpunkt ordnungspolitischer Überlegungen gerückt werden. Auch die gerechte Verteilung der lebensnotwendigen Ressourcen muss neu geregelt werden. Dies gilt nicht nur für den Zugang zu sauberem Wasser, für Nahrung, Wohnung, Bildung und Arbeit, sondern ebenso für den Zugang zur Energie. „Es ist (...) auch eine weltweite Neuverteilung der Energiereserven notwendig, so dass auch die Länder, die über keine eigene Quellen verfügen, dort Zugang erhalten können. Ihr Schicksal darf nicht den Händen des zuerst Angekommenen oder der Logik des Stärkeren überlassen werden. (...) Diese Verantwortung ist global, weil sie nicht nur die Energie, sondern die ganze Schöpfung betrifft, die wir den neuen Generationen nicht ausgebeutet hinterlassen dürfen.“ Verteilungsgerechtigkeit bedingt somit Einschnitte in die „wirtschaftliche Herrschergewalt“ und die Eigentumsformen.

“Ökonomie der Gerechtigkeit”: Nachhaltiges wirtschaftliches Handeln

- *Die Tätigkeitsgesellschaft setzt auf ein nachhaltiges soziales und wirtschaftliches Handeln in einer „Ökonomie der Gerechtigkeit“, die Gemeinschaft stiftet.* Ökologische, soziale und ökonomische Ziele bedürfen einer gleichzeitigen und gleichberechtigten Umsetzung. Die Wirtschaftsweise der Zukunft muss auf Dauerhaftigkeit und Beständigkeit sowie auf die Belange kommender Generationen angelegt sein. Bei der notwendigen ökologischen und sozialen Erneuerung setzt die Tätigkeitsgesellschaft deshalb in erster Linie auf Dezentralität und Formen regionalen Wirtschaftens.

“Politik von unten”: Die soziale Demokratie erneuern

- *Die „Tätigkeitsgesellschaft“ wächst mit einer Erneuerung der sozialen Demokratie, mit einer „Politik von unten“.* Schon jetzt zeigen viele Beispiele, dass eine strukturelle Umkehr hin zu einer nachhaltigen Entwicklung politisch erstritten werden kann und muss. Um diesen Weg fortzusetzen und auszubauen, setzt die Tätigkeitsgesellschaft auf die soziale Demokratie, auf Kooperation und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Notwendig ist die Ausweitung der Selbst- und Mitbestimmungsrechte für alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Die Basis der Tätigkeitsgesellschaft und das politische Fundament bilden ausgehend vom Subsidiaritätsprinzip der Soziallehre der Kirche ein Geflecht engagierter Gruppen, denen eine aktive Teilnahme und Teilhabe an Entscheidungen eingeräumt wird und die diese wahrnehmen wollen und können. Dazu bedarf es besonders der Befähigung benachteiligter Gruppen zur Beteiligung.

Antwort auf die demografischen Veränderungen

- Die „*Tätigkeitsgesellschaft*“ ist auch eine Antwort auf die bevorstehenden demografischen Veränderungen. Sie erleichtert die Situation der Pflegebedürftigen ebenso wie das Miteinander der Generationen in den Betrieben. In Kombination mit einer Verbreitung der Einnahmebasis in den sozialen Sicherungssystemen schafft sie ein „Gutes Leben für alle“.

Garantiertes Grundeinkommen als Menschenrecht

- Eine in der sozialen Demokratie gründende Tätigkeitsgesellschaft setzt auf ein *garantiertes Grundeinkommen* als soziales Menschrecht. Die in der Soziallehre der Kirche geforderte Vorordnung des Gebrauchs der Güter zur Bedürfnisbefriedigung aller verlangt eine auch materielle Sicherstellung des sozio-kulturellen Existenzminimums.

Tätigkeitsgesellschaft:

Der Sinn des Lebens und ein gelingendes Leben als Ziel

Die Tätigkeitsgesellschaft stellt die grundsätzliche Frage *nach dem Sinn des Lebens, nach einem gelingenden Lebens*. „Wir leben in einem Zeitalter der Suche: Die Menschen suchen nach verlässlichen Orientierungen für ihr Leben, nach Freiheit und Individualität, nach Geborgenheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie sind auf der Suche nach einer tiefen Hoffnung, die ihnen Halt in einer „haltlosen Welt“ gibt. Immer weniger können sie dabei auf einfach vorgegebene soziale Muster und Traditionen zurückgreifen. Sie müssen diese neu finden und in einen stimmigen Lebensentwurf integrieren.“ Die „Strukturen der Sünde“ verlangen unser Gerechtigkeitshandeln, damit alle „das Leben haben und es in Fülle haben (Joh 10, 10).

Die Tätigkeitsgesellschaft gibt unserem Denken und Handeln eine eindeutige Richtung

Als Bewegung für soziale Gerechtigkeit beurteilen wir auf dieser Grundlage alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und sozialen Maßnahmen danach, ob und wie sie uns der Verantwortung für die Schöpfung und der Tätigkeitsgesellschaft insgesamt näher bringen. Das Leitbild der Tätigkeitsgesellschaft hilft uns zu erkennen, dass wir von der Schöpfung und in ihr leben, dass wir die Grenzen und die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und deren Sicherung auch für kommenden Generationen anerkennen. Die Vorstellung einer Tätigkeitsgesellschaft ermöglicht uns, Soziales, Ökologie und Ökonomie als unabdingbar miteinander verbunden zu gestalten. Nur ein schlüssiger, die Bereiche integrierender Gesellschaftsentwurf gibt unserem Handeln eine eindeutige Richtung.

HANDELN:

Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten

„Verkauft eure Habe und gebt den Erlös den Armen! Macht euch Geldbeutel, die nicht zerreißen. Verschafft euch einen Schatz, der nicht abnimmt, droben im Himmel, wo kein Dieb ihn findet und keine Motte ihn frisst. Denn wo euer Schatz ist, da ist auch euer Herz“ (Lk. 12,33-34).

„Fair teilen“ bedarf zwei grundlegender politischer und wirtschaftlicher Veränderungen, für die wir uns als Bewegung für soziale Gerechtigkeit in unserem Handeln entschieden einsetzen müssen.

Soziale Demokratie verlangt einen starken Sozialstaat

- **Politik und Demokratie bedürfen der Erneuerung:** Die Metakrise – eine „Über-Krise“, die gleichzeitig Umwelt-, Finanz und Klimakrise ist – verlangt nach einer sozialen Demokratie, denn ökologischer Umbau und nachhaltige Entwicklung müssen politisch erstritten werden. Ein offener Diskurs über die Wege und Ziele eines solchen Umbaus ist notwendig. Eine erneuerte soziale Demokratie verlangt einen starken Sozialstaat, damit die sozialen und materiellen Voraussetzungen zur Teilhabe und Teilnahme aller strukturell und institutionell gesichert sind. Hier sind wir in unserem Handeln als politische Bewegung gefordert!

Den Markt kontrollieren und steuern

- **Dem Markt sind Grenzen zu setzen und er muss gesteuert werden:** Der Markt muss Nutzen für alle stiften. Deshalb müssen dem Marktgeschehen Grenzen durch sachgerechte und fundierte Kontrolle auf demokratischer Grundlage und durch soziale Steuerung gesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Finanzmärkte. Der Markt ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zu dem Zweck, allen Menschen das Überleben zu sichern, alle mit den notwendigen Waren und Dienstleistungen zu versorgen und dabei gleichzeitig die natürlichen Ressourcen zu schonen. Nur eine Wettbewerbsordnung, die die aus-gleichende, verteilende und soziale Gerechtigkeit als Fundament hat und bei allen Abläufen berücksichtigt, ist zukunftsfähig. Hier sind wir in unserem Handeln als soziale Bewegung gefordert!

Nachhaltige Entwicklung verlangt eine neue Form des Wirtschaftens

- Als Bewegung für soziale Gerechtigkeit müssen wir uns für eine neue Form des Wirtschaftens einsetzen. Nachhaltige Entwicklung verlangt ein neues Denken. Effizienz, Suffizienz und Konsistenz sind dabei untrennbar mit-einander verbunden. Effizienz heißt: deutliche Senkung des Ressourcen-verbrauchs; Suffizienz bedeutet Maßhalten und Genügsamkeit bei der Inanspruchnahme der sozialen Mitwelt und der Schöpfung; Konsistenz verweist auf das Ziel, den Umstieg auf eine solare Wirtschaft und eine vernetzte nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Nur eine in diese Richtung gehende nachhaltige Entwicklung schafft ein Gleichgewicht von zukunftsfähiger Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Erneuerung. Zukunftsfähig ist eine Wirtschaftsweise, die den Prinzipien der *Individualität, Solidarität, Gerechtigkeit* und *Nachhaltigkeit* gleichermaßen Rechnung trägt und dabei der Beseitigung von Hunger und Armut Vorrang einräumt.

Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und aufbauen

- Die KAB setzt sich für die *Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe* ein. Deren Stärke begründet sich in der Nähe zwischen Erzeugern und Verbrauchern sowie zwischen Ressourcenproduktion und -verarbeitung. Dies stärkt die regionale Identität, schafft neues Vertrauen in die Produkte, bietet lokale Einkommens- und Beschäftigungseffekte und vermeidet überflüssigen Verkehr und Energieverbrauch. Regionalpolitik sollte sich daher primär an der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten orientieren. Teilhabe und Teilnahme können so zu einem zentralen Bestandteil des

Handelns aller Akteure in der Wirtschaft werden. Denn: Menschen in ihrem jeweiligen sozialen und gesellschaftlichen Umfeld müssen Träger und Subjekte von Wirtschaft und Politik sein. So können auch die Beziehungen im zwischenmenschlichen Zusammenleben gefördert und gestärkt werden. Diese Leitvorstellungen wird die KAB verstärkt in die öffentlichen Debatten einbringen. Als Mitglieder sind wir aufgerufen, unsere Verwurzelung in den Regionen zu nutzen und uns aktiv am Aufbau regionaler Initiativen zu beteiligen. Denkbare Projekte wären Bürgersolaranlagen, Regionalwährung, Erzeuger-Verbraucher-Kooperativen, Genossenschaften und andere Initiativen, die regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen und stärken.

Integrierte Strategie der Armutsbekämpfung: Entwicklungs- und Klimapolitik Hand in Hand

- Um die Armut zu beseitigen, muss das wachsen, was den Armen nützt. Die vorrangige Befriedigung von Grundbedürfnissen, das Eröffnen von Handlungschancen und faire Verfahren sind unverzichtbare Bestandteile, um Gerechtigkeit mit und für die Armen zu schaffen. Die Bekämpfung der Armut und des Klimawandels müssen heute mehr denn je Hand in Hand gehen.
Entwicklungs- und Klimapolitik sind, Bestandteile einer integrierten Strategie zur Armutsbekämpfung. Um dies zu erreichen, sind globale Kooperation sowie wirksame internationale Institutionen und Strukturen notwendig. Nur gemeinsam wird es der Völkergemeinschaft gelingen, die weltweite Armut durch Solidarität und Gerechtigkeit zu beseitigen. Internationale Vereinbarungen und eine gerechte und abgestimmte Agrar-, Energie- und Welthandelspolitik sind der Weg. Wir brauchen dazu eine breite Koalition verschiedener Akteure, gebildet aus Suffizienz Institutionen, Nationalstaaten, Zivilgesellschaft, Unternehmen, Netzwerken und Organisationen vor Ort. Hier ist unser entschiedener Einsatz als Bewegung gefordert, die in vielen zivilen Netzwerken vor Ort und auf der europäischen und internationalen Ebene mitarbeitet.

Armut und Reichtum: Zwei Seiten einer Medaille

- Wer über Armut redet, darf über *Reichtum nicht schweigen*. Fair teilen verlangt von den Reichen, auch von den Reichen unter uns, dass wir unseren Reichtum einsetzen, damit die Armut beseitigt wird. Jedes Eigentum unterliegt sozialen Verpflichtungen. Eigentum und Besitz haben eine dienende Funktion. Wer viel hat, muss mehr geben. Um die Armut zu beseitigen, bedarf es neben Formen individuellen Teilens besonders struktureller Maßnahmen, die Verteilungsgerechtigkeit herstellen. Dafür muss der ordnungspolitische Rahmen geschaffen werden.
Die KAB fordert u.a. eine Reform der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Hierzu hat die KAB entsprechende Forderungen entwickelt, die wir verstärkt in die politische Debatte und die Gesetzgebungen einbringen werden. Auf internationaler Ebene ist eine grundlegende Änderung des Welthandels durch faire Verfahren und Kooperation statt eines gnadenlosen Verdrängungswettbewerbs weiterhin dringend geboten.

Arbeit und Leben neu gestalten



Tätigkeitsgesellschaft

© Dr. Michael Schäfers, KAB Deutschlands

*Den Weg eines zukunftsfähigen Lebens,
das sich der Spiritualität und Praxis der Nachhaltigkeit verpflichtet weiß,
werden vorerst nur schöpferische Minderheiten bahnen.*

*Sie können zum Vorbild für viele werden und politische Entscheidungsprozesse auslösen,
die die nötigen Veränderungen hin auf mehr Nachhaltigkeit einleiten.“*

(P. Herwig Büchele SJ)

Quelle:

KAB Deutschlands, Beschluss von Würzburg 2011

Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten